

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 46.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 20. April 1907.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Normalzeile 25 Pfennig;
Veranstaltungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

45. Jahrg.

Ausblicke.

III.

„Unser Vereins- und Versammlungsrecht ist eine Ruine und ein Skandal“, schrieb im Märzhefte der „Preussischen Jahrbücher“ Professor Delbrück. Ist damit zuviel gesagt? Mit nichten! Ein ärgeres Chaos und schlimmere Ungerechtigkeiten, als das geeinte Reich von 22 deutschen Vaterländern in dieser Richtung aufzuweisen hat, sind gar nicht denkbar. Hier zeigt sich die Einzelstaaterlei in der ganzen gemeinschaftlichen Rückständigkeit, die so oft unsere Witzblätter in anderer Weise mit ihren ulkigen Bildern aus der guten alten Zeit zum Gegenstande des Spottes machen. Hände ließen sich schreiben über diese Misere, die ja auch im „Korr.“ stets scharfe Beleuchtung fand.

Wichtiger als alles andre ist daher die Statuierung des vollen, ungeschmäleren Koalitionsrechtes und ein freihetliches, alle polizeilichen Schranken ausschließendes Reichsvereinsgesetz. Damit ist Deutschland kolossal im Hintertreffen geblieben, und es ist ein Verdienst Naumanns, daß er den Schwerpunkt seiner schon des öfteren gedachten Rede, die übrigens an demselben Tage der Redner der Sozialdemokratie (Hoch) in wirkungsvollster Weise ergänzte, gerade darauf verlegte. Das Wort Brentanos: „Die deutschen Arbeiter haben das Koalitionsrecht, doch wenn sie Gebrauch davon machen, werden sie bestraft“, ist leider viel zu lange ein Wahrwort gewesen, es muß nun anders damit werden. Die Koalitionsfreiheit haben wir allerdings seit den sechziger Jahren, ein Koalitionsrecht soll erst jetzt, nach reichlich 40 Jahren, kommen. Sind, nicht die in der vorigen Nummer unter „Rundschau“ mitgeteilten Auffassungen des Berliner Gewerbegerichtes sowie der rheinischen Gewerbeberichte eine dringende Mahnung, hier keine Zeit zu verlieren, denn sonst folgen die Unternehmer — welche selbst meistens stramm organisiert sind — in größerer Anzahl dem gegebenen Beispiele, durch Sonderverträge mit ihren Arbeitern das Koalitionsverbot zu stipulieren, wie es ja augenblicklich in Rheinland-Westfalen die Malermeister gegen jedwede Organisationsrichtung tun und daneben einen Koalitionszwang auf andere, nicht mit ihnen durch dick und dünn gehende Unternehmer ausüben, der selbst die an chronischen Terrorismusgespenstern leidenden Schafmacher in Preußens großer Landstube sprachlos machen würde.

Unsre Regierung will allerdings immer noch nicht sehen, will nicht begreifen, daß der zunehmenden Kartellierung der Industrie das völlige Koalitionsrecht, dessen Schmälerung straf- und zivilrechtliche Folgen haben muß, ein ganz notwendiges Korrelat ist. Sie gibt durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu erkennen, daß ihre ganze Sorge der Terrorismus der sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften sei, dieser stelle die Rehrseite der sonst so schönen Naumannschen Medaille dar. Ob sie aber nun will oder nicht, der Zahn wird ihr auch noch gezogen werden, wie ja auch das Gerede von der vollen Kompottschüssel so plöblich verstummt ist und der Rehrseite Platz gemacht hat — allerdings vorberhand in der in diesen Artikeln kritisch gewürdigten theoretischen Bedeutung.

Eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes ist ja nun von der Regierung angeklündigt und Graf Posadowsky hat noch besondere Veranlassung genommen, zu erklären, daß er bereits an einem solchen Gesetzentwurf arbeite. Ueberdies hat der Reichstag eine diesbezügliche Resolution der Freisinnigen in dieser Woche angenommen und bis auf die Einbeziehung des weiblichen Geschlechtes (wogegen die Rechte votierte) sogar einstimmig. Allzulange und allzuschwer braucht die Sache nicht zu geraten, weil Württemberg — dieses im besondern — Baden und Hessen ganz akzeptable Vorbilder mit ihrer Vereinsgesetzgebung liefern. Und daß man in diesen Bundesstaaten schlecht dabei gefahren, könnte höchstens ein ostelbischer Junker behaupten, der von keinerlei sozialer Erkenntnis angekränkt ist, der eben nur Herren und Knechte kennt. Daß auf dieser Seite keine Friedenspfeifen geraucht werden, wenn auch den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben sowie die wunderbare Gesindeordnung aufgehoben werden soll, kann schon jetzt außer Zweifel stehen. Hic Rhodus, hic salta, wird es aber dann nicht nur für diese Deutschen heißen, sondern nicht zuletzt auch für die national-liberalen Großindustriellen, deren politische Gesinnungsgenossen jetzt im Ballotshaus so schön von einem wirklichen Koalitionsrechte, von einem freihetlichen Versammlungsrechte, von Tarifverträgen und besserem Arbeiterschutz schwärmen, während daheim all diese Attribute der jetzt so viel geforderten „großzügigen Sozialpolitik“ gar verpönte und aus dem Grunde der Seele verhaßte Dinge sind. Die Regierung aber braucht sich daran nicht zu kehren, denn sie hätte keine Anleihekopfschmerzen davon, sie brauchte nur zu wollen. Auch eine Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe würde bei einem vollen, bei einem freihetlichen Koalitions- und Versammlungsrechte nicht zu besorgen sein, denn schlimmer als jetzt im Zeitalter der Aussperrungen größten Stiles könnte es auch nicht kommen. Weichen doch gegenwärtig schon die Gewerkschaften nach Möglichkeit größeren Kämpfen aus, und hat doch soeben der Vorstand der sozialdemokratischen Partei angesichts der bevorstehenden Maifeier in einer sehr bemerkenswerten Kundgebung angeraten, in allen den Fällen von der Arbeitsruhe Abstand zu nehmen, wo es aus diesem Grunde zur Aussperrung kommen könnte. Gerade dieser Aufruf des Parteivorstandes unterstreicht die von uns schon ausgesprochene Meinung, daß die verantwortlichen Männer an der Spitze der Partei nach dem 25. Januar mehr die realen Tatsachen auf sich wirken lassen. Was anders hat denn der „Korr.“ seit Jahren in der Maifeierfrage vertreten, als der Parteivorstand in dem kurzen Satze sagt: „Die Opfer, die Ihr jetzt in einem Kampfe vergeblich bringen müßtet, können, zur rechten Stunde gebracht, Siege erringen helfen.“ Item: Die Möglichkeit einer Verständigung in der Frage einer Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes ist durch diese neueste Erscheinung jedenfalls nicht unwahrscheinlicher geworden, sie ist sogar gegeben, wenn nicht nach preussischer Rikche dieses lang ersehnte Wahl zubereitet wird. Also nur heran, meine Herrschaften — — —

Die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine muß hinter der voraufgehend behandelten,

grundstürzenden Reform weit zurückbleiben. Die Antigewerkschaftsvorlage soll ja im Herbst dem Reichstage wieder vorgelegt werden, nachdem die Regierung insolge der damit erlittenen blamablen Niederlage die ihr am notwendigsten erscheinenden Verbesserungen daran vorgenommen. Mag nun das auf dem kaiserlichen Gautage schon mit sorgenden Augen gesehene „Weihnachtsgeheim“ in der Regierungsmerkliste gut oder schlecht wieder zusammengeleimt sein, ein dringendes Bedürfnis der Sozialreform ist diese Materie keineswegs. Selbst Giesberts, der zweifellos hervorragendste Führer der christlichen Gewerkschaften, weist ihr eine sekundäre Bedeutung für die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu und hält ebenfalls einen gründlichen Wandel in dem überlebten Vereins- und Versammlungsrechte für die allererste Notwendigkeit. Und dann noch: Alle Organisationsrichtungen haben Klipp und Klar zu erkennen gegeben, daß ihnen an der Rechtsfähigkeit rein gar nichts liegt, wenn sie nach dem Recepte des alten Polizeistaates beschaffen ist, sie werden auch künftig fest auf diesem Standpunkte beharren müssen — um ihrer selbst willen.

Welt wichtiger und breiender ist vielmehr, daß die soziale Rechtsprechung von einem andern Geiste durchzogen und vor allem der Grundsatz des gleichen Rechtes für alle auf sie übertragen wird, wovon jetzt keine Rede sein kann und wofür einfach massenhaft Belege zu erbringen sind. Wohin wir in dieser Beziehung bereits geraten, dafür nur zwei Beispiele aus der letzten Zeit.

Die „Breslauer Zeitung“, also ein bürgerliches Blatt, behandelte in einem Artikel die stark unterschiedliche Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung — bekanntlich eine wahre Geißel für die Gewerkschaftsbewegung — je nachdem Arbeiter oder Unternehmer in Frage kommen. So wurde vor einhalb Jahren der Sekretär Schlegel des Metallarbeiterverbandes durch drei Instanzen zu 14 Tagen Gefängnis wegen Drohung verurteilt, weil er einem Arbeitgeber erklärt hatte: „Wenn Sie meinen Ansprüchen nicht gerecht werden, so werden die Arbeiter streiken.“ Als nun im Jahre 1906 die große Metallarbeiteraussperrung in Breslau erfolgte, wurde von Arbeiterseite gegen die Direktoren des größten Unternehmens der Metallindustrie in Breslau Strafantrag gestellt, weil sie eine Drohung nach § 153 begangen hatten mit dem Ultimatum, wenn bis zu einem bestimmten Tage mittags die ausständigen Former und Gießereiarbeiter die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten, am andern alle organisierten Former und Gießereiarbeiter ausgesperrt, und wenn auch diese Maßnahme erfolglos bleibe, sämtliche Gießereibetriebe die organisierten Arbeiter aussperrten würden. Der Staatsanwalt lehnte jedoch in diesem Falle eine Klageerhebung ab, eine Drohung liege nicht vor. Der Oberstaatsanwalt trat diesem Standpunkte bei, er vermochte nur eine „wohlmeinende Warnung“ zu ersehen. Die Metallarbeiter legten auch dagegen Beschwerde ein und das Oberlandesgericht ordnete nunmehr die Einleitung des Strafverfahrens wegen Vergehens gegen den § 153 an. Der Staatsanwalt erhob nunmehr Anklage, das Schöffengericht lehnte jedoch die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, weil § 153 nur anwendbar sei im Verhältnisse von

Arbeitnehmern zu Arbeitnehmern oder von Arbeitgebern zu Arbeitgebern, obwohl im Falle Schlegel drei Instanzen entschieden hatten, daß der bewußte Henkersparagraf auch auf das Verhältnis von Arbeitnehmer zu Arbeitgeber anwendbar sei. Eine nochmalige Beschwerde beim Landgerichte nützte auch nichts; ein Strafverfahren fand nicht statt, weil keine Drohung vorliegen sollte, und die Herren Direktoren konnten mit dem Wohlgefühl der Sicherheit vor dem § 153 rühmen, daß es in Breslau doch noch Richter gibt. Die „Breslauer Zeitung“ machte auf diese wunderbare Demonstration des gleichen Rechtes für alle sich nun folgenden Vers:

Man ist von unseren Justizbehörden an überragende Rechtsprechung gewöhnt; aber nur in wenigen Fällen dürfte es so klar zutage treten, daß die Rechtsprechung bei uns wegen des gleichen Deliktes völlig verschieden sein kann. Selbstverständlich wäre es das richtigste gewesen, diesen ominösen, unhaltbaren § 153 überhaupt nicht anzuwenden. Daß er gegen die Arbeitgeber nicht angewendet wurde, hat natürlich unsern vollen Beifall. Aber was dem einen recht ist, das ist dem andern billig; er dürfte dann auch nicht gegen die Arbeitnehmer herangezogen werden! Die Anwendung dieses Paragraphen ausschließlich auf Arbeitnehmer bei sonst gleichem Tatbestande muß den Eindruck der Klassenjustiz und damit durchaus gerechtfertigte Erbitterung hervorufen. Nichts aber ist bedenklicher als die Erschütterung des Vertrauens zu der Rechtsprechung, eine Erschütterung die nicht nur den zufällig Verurteilten trifft.

Wenn gut bürgerliche Zeitungen derart beurteilen, wie völlig verschleimte Arbeiter und Unternehmer bei gleichem Tatbestande von der Rechtsprechung behandelt werden, wenn sie mit dem für manche Ohren so schrecklichen Worte Klassenjustiz das Kind beim richtigen Namen nennen, dann ist es doch weit, wirklich sehr weit gekommen.

Der andre Fall: Gelegentlich eines Konfliktes mit den Metallgießereien in der Düsseldorf-Gegend fand auch eine Fabrikbesprechung der Arbeiter eines Betriebes statt, in der ein Beauftragter des Metallarbeiterverbandes über die Frage der Verweigerung von Ueberarbeit geheime Abstimmung empfahl. Bevor diese vorgenommen, ermahnte er noch die Anwesenden: „Ueberlege sich jeder gut, wie er abstimmt; wenn beschlossen wird, daß keine Ueberstunden gemacht werden sollen, dann muß der Beschluß auch gehalten werden. Wer dann nachher trotz des Beschlusses noch Ueberstunden macht, der gilt als Sperrebrecher. Er wird aus dem Verbands ausgeschlossen und, wie alle Ausgeschlossenen, in der „Metallarbeiterzeitung“ veröffentlicht.“ Diese Worte wurden von einem Denunzianten dem Fabrikhaber hinterbracht, worauf dieser die Staatsanwaltschaft anrief, die auch ohne Bedenken Anklage erhob. Obwohl trotz aller üblen Erfahrungen vorliegendenfalls an eine Verurteilung niemand dachte, wurde der Gewerkschaftsfunktionär vom Schöffengerichte in Neuß doch zu einem Monate Gefängnis verurteilt, weil seine „wohlmeinende Warnung“ ein Kapitalverbrechen gegen den § 153 sei. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wollte gar zwei Monate herauschlagen, weil „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen des Metallarbeiterverbandes“ und des Angeklagten energisch vorgegangen werden müsse. Aus diesem Geiste heraus ist jenes „Recht“ geboren, wodurch — durch seine Streit- und Klassenjustiz nämlich — Deutschland sich keinen bessern Namen machen kann.

Kein vernünftiger Mensch wird verlangen, daß der Arbeiter immer im Rechte sein müsse, das wäre nur eine andere Ausgabe der iberberichtigten Klassenjustiz. Die Arbeiter, welche richterliche Funktionen auszuüben haben — als Gewerbegerichtsbeisitzer, Schöffen und Geschworene, was endlich auch schon häufiger zu verzeichnen ist — fassen ihr Amt ja auch nicht in diesem bedenkenreichen Sinne auf, wie der Abgeordnete Hund (nationalliberal, Leipzig-Stadt) im Reichstage nachdrücklich gegen eine ausgesprochene Verdächtigung betonte. Wir verlangen nur gutes, gleiches Recht für alle und protestieren gegen jegliches Ausnahmerecht. Es war erfreulich, daß am Anfange dieser Woche den Brunstschreien des Scharfmachers Dirksen nach einer neuen Arbeitswilligenverordnung Posadomsky die kühle Antwort erteilte, daß daran nicht zu denken sei. Es wäre ja auch noch toller, wenn die Regierung solche Sachen machen wollte, nur um jenen Kreis

zu Gefallen zu sein, die das „Gerode“ von den Menschenrechten in die Kumpfkammer verdammen. Die Regierung hat vielmehr für Beseitigung des ungeschriebenen Ausnahmerechtes für Arbeiter zu sorgen, wenn sie ein liberales Vereins- und Versammlungsrecht schaffen will, muß dahin wirken, daß die minimalen Erfolge unsrer Sozialpolitik durch grenzenlos nachsichtige Strafen für Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze nicht zu einem erheblichen Teile wieder illusorisch werden. Bedauerlicherweise ist der von uns trotz mancherlei Unstimmigkeiten noch am meisten geschätzte Graf Posadomsky viel zu sehr von dem Terrorismusgeschwafel der für gewöhnlich in der Praktizierung von Zwang und Verriuf am besten geübten „Staats-erhaltenden“ befangen. Will er aber eine gute Sozialpolitik machen, dann darf er vor allen Dingen nicht den Schrei nach Gerechtigkeit der arbeitenden Klasse überhören. Nicht eine schärfere Fassung der Paragraphen des Strafgesetzbuches gegen „Erpressung, Ehrverletzung, unbedingten Zwang und Verriuf“ tut not, sondern die gleichmäßige Anwendung der bestehenden. Madame Justitia muß wieder eine festere Binde vor die Augen bekommen!

Die rechtliche Regelung der Tarifverträge ist eine weitere, nicht länger aufschiebende gesetzgeberische Notwendigkeit. Nach einem mit Recht stark angegriffenen Urteile des Reichsgerichtes unterstehen sie den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, also den Koalitionsbestimmungen. Das ist ein Nonpens und die Befreiung von diesen schlimmen Fesseln ein unbedingtes Gebot. Das, was Raumann am 11. April über den Industrieparlamentarismus als der höchsten Stufe der gegenseitigen Regelung von Rechten und Pflichten ausführte, hat wenig Anklang am Regierungstische gefunden und prompt erfolgte in offiziellen Sprachrohre die Versicherung, daß an eine solche gesetzliche Einschränkung der „Hausherrenfreiheit des Unternehmers“ nicht zu denken sei. Die Autokratie des Arbeitgebers ist also nach dem Herzen der Regierung und die Fabrikkonstitution ihr ein gar verhängnisvolles Ding. Das Raumannsche „ideale Phantastemagde“ ist aber die folgerichtige Entwicklung der Tarifgemeinschaften, denen sehr genossen zu sein, doch jetzt auch zum guten Tone in Regierungskreisen gehört. Der tiefer denkende Leser kann daraus entnehmen, daß eine Tarifgemeinschaft, in ihrem ganzen Wesen erfährt, nichts weniger als harmoniebuselige Tendenzen aufzuweisen hat.

Die Errichtung von Arbeiterkammern wäre noch ein Punkt, den eine großzügige Sozialpolitik, wie wir sie uns vorstellen, in ihr Programm aufnehmen muß. Der Kölner Gewerkschaftskongreß votierte bekanntlich für Arbeiterkammern, während die sozialdemokratische Partei bis dahin Arbeitkammern, also paritätisch zusammengegesetzte Vertretungen, gefordert hatte. Man kann letzteren aus praktischen Gründen den Vorzug geben, muß aber, da für Landwirte, für den Kaufmannstand wie für das Handwerk keine Interessenvertretungen schon bestehen, für eine nur aus Arbeitern gebildete gesetzliche Institution, ergo die Arbeiterkammer, eintreten.

Einen Normalarbeitstag zu schaffen, müßte der logische Gang einer weitestgehenden Sozialpolitischen Gesetzgebung sein. Der Zehnstundentag für Frauen ist ja so gut wie sicher, der Grimmitschauer große Kampf wurde also nicht umsonst gekämpft. Aber der schädlichen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, worüber in den einstweilen eingestellten sozialpolitischen Debatten wieder geradezu haarsträubende Sachen vorgebracht wurden, muß aus hygienischen wie aus Gründen der allgemeinen Volkswohlfahrt ein kräftiger Kiegel vorgeschoben werden. An Vorschlägen dazu fehlt es ja auch nicht unter der Unmasse von sozialpolitischen Anträgen und Anregungen, auf die bei diesen auf das nächste gerichteten Ausblicken einzugehen überflüssig ist.

Das eine steht fest: Wie immer Vorgesprochen und gehalten bei der Regierung und den Parteien sich zueinander stellen werden, ob man ganz oder zum Teile wieder in die alten Fehler und Sünden zurückfällt, ob die Gründung von gelben Gewerkschaften noch stärker

forciert oder die anderen Organisationsrichtungen noch mehr gegen einander ausgespielt werden — die Gewerkschaftsbewegung in ihrem durch nichts zu hemmenden Laufe wird auch in Zukunft der Schrittmacher für alle Sozialreform sein, und zwar um so erfolgreicher, je weniger sie sich auf ihrem Wege durch graue Theorien hier und gleichnerische Redungen dort beirren läßt und je mehr die Arbeiter begreifen, daß sie als Klasse zusammengehören. Wenngleich wir der politischen bzw. parlamentarischen Tätigkeit alle Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen, so wird doch die positive Arbeit der Gewerkschaften stets intensiver wirken, und es wird je länger je mehr sich erweisen, daß, wie Wolfgang Heine im September 1902 in München sagte, die Gewerkschaftsbewegung der Weg ist, auf dem sich die Gesellschaft umbildet! Km.

Mehr Idealismus!

Wo in aller Welt gerücht es nicht an Idealismus! Dieser bedauerliche Umstand tritt ja leider überall da in die Erscheinung, wo man dem von der Vorgeneration in vollen Idealismus und in besessener Begeisterung Erstreben näher gekommen ist, aber noch lange nicht erreicht hat. Nicht nur in unserm Verbands ist dies der Fall, sondern in allen Korporationen, sei es gewerkschaftlicher, politischer oder religiöser Art. Würde die heranwachsende Generation nur von einem Teile Idealismus durchdrungen sein wie diejenigen, die die Grundlage zu unsrer Berufsorganisation, dem Verbands, geschaffen haben, es stände in jeder Hinsicht um uns besser und somit auch um die Gesamtarbeiterschaft.

Es soll hier nicht meine Aufgabe sein, der breiten Masse vom Idealismus zu predigen, sondern denen, die mehr oder weniger für die Organisation tätig sind.

Bei uns Buchdrucker sowohl als in der gesamten Arbeiterbewegung tritt mehr oder weniger das Bestreben der für die Organisation tätigen Personen nach Beschaffung von Posten für Anstellung derselben in die Erscheinung. So begründet, ja notwendig hier und da die Anstellung von Personen sein mag, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen, so muß doch der sich stark bemerkbar machenden Sucht nach Anstellung speziell in den Gau-, Bezirks- und Ortsvereinen entgegenwirkt werden.

Wenn ich dies zu unternehmen versuche, so leiten mich hierzu nur edle Motive. Wer sich „geleitet“ vom Idealismus und Selbstlosigkeit, der Arbeiterbewegung nicht nur oberflächlich widmet, der hat nicht selten Gelegenheit, die Beobachtung zu machen, wie ich es oben andeutete, indem nämlich geradezu ein Schieben nach Schaffung von vollständig besetzten Posten und Erhalten der Besetzung derselben stattfindet. Wo bleibt da der Idealismus, der der breiten Kollegenchaft als Vorbild dienen soll? Es liegt mir nichts ferner, als gegen die nicht zu umgehenden Anstellungen von Verwaltern und den nötigen Hilfsbeamten zu wirken, im Gegenteil bin ich ein Gegner jeglicher Ueberlastung und stelle mich auf den Standpunkt des anständigen und einsichtsvollen Arbeitgebers. Aber wo wollen wir in der deutschen Arbeiterbewegung und speziell wir Buchdrucker hinsteuern, wenn jedem, der zu einem Ehrenamte herangezogen wird, als Equivalent die Anstellung in Aussicht gestellt werden soll? Und wie wirkt es auf die Mitglieder, wenn ausschließlich besetzte Beamte ihre Vertreter und Leiter sein sollen? Jedenfalls wirkt es auf das heranwachsende Element erzieherischer und nachstrebenswerter, wenn ihre direkten Arbeitskollegen in ehrenamtlicher Stellung ihre Vertreter- und Führerschaft — immer den Zentralvorstand dabei ausgeschlossen, so auch die Verwaltungsbeamten — übernehmen und in würdiger Weise erfüllen. Ganz selbstverständlich halte ich es, daß bare Anslagen und Aufwendungen, die durch die Vertretung der allgemeinen Interessen gemacht werden müssen, event. auch eine mäßige Remuneration gewährt werden.

Diejenige Vertrauensperson, die sich mit dieser Abfindung nicht befriedigt sieht, soll lieber verabschiedet werden und durch andere ersetzt werden. Man lasse sich nicht immer von der Jagdhaftigkeit leiten, es seien keine anderen Personen da, die einen solchen Posten einnehmen könnten. Das Gegenteil ist der Fall, man muß nur den Kollegen Gelegenheit zur Entwicklung geben; für die Organisation kann es nie um Schanden sein, wenn sich die Zahl derer mehrt, bei denen man Talente, die zur Führerrolle notwendig sind, weft.

Aus dem Auge darf man nicht lassen, daß es auch gar nicht gut sein kann, wenn die Vertrauensmänner in den Gau-, Bezirks- und Ortsvereinen angefüllt sind; sie werden Zeiten begegnen, wo sie sich zurückziehen, frei dazustehen. Und Vertrauenspersonen sollen Gelegenheit haben, dann, wenn sich Strömungen bemerkbar machen, mit denen sie sich nicht identifizieren können, zurückzutreten, denn nur dadurch wird ein gefährliches Wiederzusammenfinden der augenblicklichen Strömungen möglich sein.

Für unsre Organisation kann nun aber die Motivierung zur Anstellung zwecks Agitation ganz und gar nicht zutreffen. Wenn es in einzelnen Winkeln, speziell in unserm Saalegau, noch traurig bestellt ist, so hilft der

Besuch des Agitators ab und zu auch nicht viel, denn dann müßten die Orte, nach den fetter nicht geringen Besuchen schon längst gefapert sein; da gibt es meines Erachtens andere und bessere Mittel, die ich hier aus taktischen Gründen nicht erörtern kann, aber am richtigen Orte in Vorschlag bringen werde. Was wird aber dann aus der Anstellung, wenn man die Orte tariffrei und verbandsfrei gemacht hat? Dann kann man den Beamten auch nicht wieder zu Hause schicken.

Außerdem entpricht es nicht der Rolle unserer Organisation, die sie mit dem Abschluß des Tarifvertrages übernommen hat, daß wir Agitatoren anstellen, da einmal der Grund in Wegfall kommt, daß man durch sein Wirken für die Ausbreitung und Aufrechterhaltung des Tarifes gemäßigter werden kann, und dann muß es unsre Aufgabe sein, die Prinzipale zur Agitationsarbeit für den Tarif mit zu gewinnen.

Nehmen wir uns aber ein Beispiel an den Kollegen, die für den Verband im Ehrenamt zu Zeiten gewirkt haben, als der Verband noch im Zeichen der Unterdrückung, ja der Verfolgung stand, wo es galt für den Verband die Existenz zu opfern; aber dazu bedarf es mehr Idealismus!

Wernigerode.

-th.

Korrespondenzen.

Uppenrade. In einer am 13. April im hiesigen Vereinsloale abgehaltenen, gut besuchten Monatsversammlung wurde zunächst ein neues Mitglied aufgenommen. Nachdem erfolgte die Beratung über den Anschluß an das hiesige Gewerkschaftskartell. Es wurde in dieser Diskussion sowohl für wie gegen den Anschluß gesprochen, wobei jedoch die negativen Anschauungen vorherrschend blieben und infolgedessen die Ablehnung des Antrages erfolgte. Der § 8 des Organisationsvertrages fand hier an Orte eine vollständig zufriedenstellende Erlebung, indem nämlich die betreffende Firma in entgegenkommender Weise der einzustellenden Bezahlung auf seine geistige wie körperliche Befähigung unterliegen ließ. Es wurde den Vertrauensmännern auferlegt, darauf hin zu wirken, daß sämtliche hiesige Firmen bei Einstellung von Bekehrten dieselben ärztlich untersuchen lassen.

-v. Essen a. d. Ruhr. Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 7. April in Gelsenkirchen statt und war von etwa 140 Kollegen besucht. Dem von Vorsitzenden Krauz erstatteten Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Das verfloßene Jahr ist für den hiesigen Bezirk ein recht bewegtes und arbeitsreiches gewesen. Die Durchführung des alten und die Einführung des neuen Tarifes kann für unsern Bezirk eine fast allgemeine genannt werden. Trotzdem durch den Konflikt bei der Firma Reismann-Grone eine ganze Reihe von Kollegen gezwungen gewesen ist, den Saub. Essens- von den Füssen zu schüteln, so ist doch die Mitgliederzahl im Bezirk während des Berichtsjahres von 468 auf 505 gestiegen. Auch der Versammlungsbesuch hat sich erfreulicherweise bedeutend gehoben und betrug durchschnittlich 31 Proz. Immerhin ist dieser Besuch noch als ein recht minimaler zu bezeichnen. Am Schlusse des vorigen Jahres bestanden innerhalb des Bezirks drei Ortsvereine: Essen mit 368, Gelsenkirchen mit 106 und Buer i. W. mit 28 Mitgliedern. Hierzu ist in jüngster Zeit noch der Ortsverein Wattenfeld getreten, der zu den besten Hoffnungen berechtigt. Die Zahl der Sebmashinen im hiesigen Bezirk hat sich wieder um einige Exemplare vermehrt. Die tapfere Klausberg-Gesellschaft (zu Unrecht den Namen Gutenbergsbund führend) hat ihre Kopfsahl um etwa 30 vermehren können, und zwar hauptsächlich infolge ihres begeisterten Eintretens für die Schmarfmacherinteressen bei der Firma Reismann-Grone. Nichtmitglieder konditionieren außer in dieser Druckerei hauptsächlich nur noch bei Girard-Essen und in der Hausdruckerei der Firma Fr. Krupp, welche letztere sich immer noch nicht zur Anerkennung des Tarifes herbeilassen kann. Die vor kurzem im „Korr.“ erschienene Notiz, wonach ein stellesuchender Kollege mit seinen Anfragen an die Verbandsfunktionäre schlechte Erfahrungen gemacht hatte, gab Anlaß zu einer längeren Debatte, in deren Verlauf verschiedene Vorschläge zwecks Abstellung dieses Uebelstandes gemacht wurden; so wurde z. B. vorgeschlagen, der „Korr.“ solle eine ständige Rubrik, ähnlich wie den Verbandskalender, einführen, in welcher die für Verbandsmitglieder gesparten Druckereien Aufnahme finden sollen. (Was aus den verschiedensten Gründen unzugänglich sein würde. Red.) Von verschiedenen Kollegen wurde berichtet, daß sie bei ihren Anfragen von den Verbandsfunktionären immer prompt bedient worden sind und der im „Korr.“ mitgeteilte Fall als Einzelerscheinung bezeichnet. Berurteilt wurde bei dieser Gelegenheit, daß man einmal Kollegen zuerst feste Verträge abschließen und es erst ganz kurz vor ihrer Abreise für nötig halten, über die betreffende Druckerei Erkundigungen einzuziehen. Sobald erstatteten die Kollegen Voemühl und Ewald Müller als Zeilnehmer eingehend Bericht über die am 25. März in Düsseldorf abgehaltene Kreisamtsitzung. In erster Linie sollte dort eine Regelung der Feiertagskompensierung erfolgen. Es ist auch eine teilweise Einigung zustande gekommen. Das Kreisamt hat nämlich in der Hauptsache entschieden: Es soll möglichst nicht kompensiert werden; wo jedoch eigenartige örtliche Verhältnisse das kompensieren zur unbedingten Notwendigkeit machen, da soll auf alle Fälle für die betreffenden Stunden der Ueberstundenzuschlag gezahlt werden; es soll aber auch dort möglichst nicht voll nachgeholt werden. Karfreitag und Fronleichnam sollen von einer Kompensation ausgeschlossen sein. Des fernern hat sich das

Kreisamt auf den Standpunkt gestellt, daß die Prinzipale nicht einseitig durch die Arbeitsordnung defretieren können; diese und jene Feiertage werden kompensiert, sondern es müssen Vereinbarungen vorhergegangen sein. Wider Erwarten hat die Kompensierung im hiesigen Bezirke eine höchst einfache Lösung erfahren, indem verschiedene Geschäfte dazu übergegangen sind, am letzten katholischen Feiertage (8. April) einfach arbeiten zu lassen, und wird dies auch für die Folge so gehandhabt werden. Die vorgelegte kirchliche Behörde hat ihre Genehmigung hierzu erteilt und sich dabei auf eine Verfügung aus dem Jahre 1829 gestützt, wonach in konfessionell gemischten Gegenden an den sogenannten kleinen Feiertagen gearbeitet werden darf. Der Bezirksversammlung lag ferner noch ein Antrag vor betreffs Entziehung von Unterstützungen. Der Antragsteller führte in seiner Begründung an, daß es den ausführenden Personen manchmal recht leicht gemacht würde, jemand die Unterstützung zu entziehen. Welsch spielte dabei Denunziationen und Intrigen sogenannter „guter Freunde“ eine große Rolle. Antragsteller war der Meinung, daß dem Ankläger in derartigen Fällen jedesmal auch der Beweis zugeführt werden müsse. Dem wurde von verschiedenen Seiten entgegengehalten, daß doch nach dem Statute verfahren werden müsse. Die Debatte, welche einen erregten und stellenweise auch persönlichen Charakter annahm, fand schließlich ihren Abschluß darin, daß Uebergang zur Tagesordnung beantragt und angenommen wurde. Die übrigen Punkte waren für die Allgemeinheit weniger von Interesse, weshalb dem Berichterstatter erlassen sei, hierauf einzugehen.

Guben. In Nr. 25 des „Korr.“ vom 28. Februar d. J. befindet sich unter Uagen ein Artikel, der in nicht gerade schmeichlerhafter Weise meiner „Kunststalt“ gedenkt und mir Schuldentonturzen vorwirft. Der betreffende Satz scheint dem Jahresberichte für den Kreis Uagen entnommen zu sein, in dem derselbe sich fast wörtlich befindet, nur mit der weitem Behauptung, daß bei mir „die ganze Familie mithelfe“. Was die Schuldentonturzen anbelangt, so fällt der Vorwurf auf diejenigen zurück, die ihn erheben, da ich zu gleichen Preisen arbeite wie die anderen hiesigen Druckereien, ja bei manchen Sachen höhere Preise verlange. Ist es mir doch schon passiert, daß ich bei Abgabe einer Offerte erfahren mußte, daß ich keine Lust hat, die betreffende Arbeit zu bekommen, da selbige von der Konkurrenz 25 Prozent billiger angeboten worden. Ferner erklärte mir ein hiesiger Geschäftsinhaber, ich könne nicht konkurrieren, nur weil ich etwas besseren Preis für eine Drucksache verlangte als eine andere hiesige Druckerei. Derartige Fälle könnte ich noch eine ganze Menge anführen. Der Satz, daß bei mir die ganze Familie mithelfe, ist, gelinde gesagt,barer Unsinn. Ein Sachmann kann derartige Behauptungen nur belächeln; wäre es doch das beste Mittel, sich geschäftlich auszurufen zu richten, da die Beihilfen aus einer derartigen „Kunststalt“ fider unter aller Kritik wären. Uebrigens habe ich weder Frau noch Kind, und meine übrigen Verwandten würden sich schon bebanten, wenn ich sie an den Kassen oder an die Presse stellen wollte, was ich auch nicht zu tun brauche, weil ich ganz gut allein fertig werde. Wenn ich so viel Arbeit hätte, würde ich einfach einen Gehilfen anstellen und nach Tarif bezahlen. Gegen den Tarif habe ich mich nie gesperrt; ich glaube nur, daß eine formelle Anerkennung desselben, so lange ich niemand beschäftige, keinen praktischen Wert habe. In diesem Sinne habe ich auch wiederholt dem Herrn Geschäftsführer des hiesigen Bezirks des Buchdruckervereins geschrieben. G. U. G.

Sarburg a. E. In der Druckerei der „Sarb. burger Zeitung“ (Firma Woltermann & Henne) sind Differenzen wegen Nichtanerkennung des Tarifes ausgebrochen. Seit Mitte März stand der Vorstand des hiesigen Ortsvereins und das Personal der Druckerei mit der Firma in Unterhandlung zwecks Einführung des Tarifes. Jahrelang war in der Druckerei die Marke N.-B. dominierend, außerdem gehörte eine Anzahl der Gehilfen der hier von Unternehmerbildlingen ins Leben gerufenen „Verbrüderung deutscher Handwerker“ an. In einer Druckerversammlung, die vom Vorstande des Ortsvereins veranlaßt war, traten nur die vier Nichtmitglieder dem Verbands bei, und die Folge war, daß nun auch der Wunsch auftrat, den geradezu haarsträubenden technischen wie auch hygienischen Verhältnissen ein baldiges Ende zu machen. Die Firma resp. Herr Woltermann zeigte sich wider unsern Erwarten ganz zugänglich. Er versprach bald die Einführung des Tarifes, und wir glaubten auch diesen Versprechungen. Als nun aber Woche auf Woche verging und immer noch keine Anerkennung kam, wurden wir am Sonnabend vor Ostern nochmals vorstellig und baten den Herrn Woltermann, bis zum nächsten Sonnabend die Anerkennung zu vollziehen; Herr G. versprach wieder. Statt aber den Tarif anzuerkennen und daran zu gehen, dessen Bestimmungen Geltung zu verschaffen, stellte der Mann zwei Bekehrlinge ein, und als die Gehilfen dies montierten, gab er ihnen zur Antwort: „Wer die Lust mit den Bekehrlingen nicht einatmen wolle, der könne gehen.“ Zwingen ließe sich nicht, und es wäre auch gegen seine Ueberzeugung (der Mann sieht in allem den roten Lappen), den Tarif anzuerkennen. Den Gehilfen blieb nun nichts andres übrig, als dem Manne die Zähne zu zeigen. In Gegenwart des Bezirksvorstehers Sasse-Altenburg verpflichteten sich sämtliche Gehilfen ehrenwärtlich, für den Tarif einzutreten und event. ihre Kündigung geschloßen einzuziehen. Doch als nun am 13. April der entscheidende Moment kam, fielen zwei Gehilfen um und erklärten, sie machten nicht mit. Es sind dies der Seher Ernst Köpper und Metzhies. Fünf Gehilfen haben ihre Kündigung

eingereicht. Köpper war es speziell, der am Karfreitag in der entscheidenden Zusammenkunft erklärte, er habe keine Lust mehr, in jener Druckerei zu arbeiten, die er öffentlich als eine Lufterkunft für die niedlichen Tierchen mit den geringelten Schwänzchen bezeichnete. Diese Bewertung gebührt der Druckerei auch nicht zu Unrecht. Die Bekehrlinge werden vollständig einseitig aus-gebildet und spielen die Herren dort. Die Bekehrlingsausbildung ist der einzige Rettungsanker dieser Firma. Alle Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft werden von der dort gedruckten Zeitung in der niedrigsten Weise bekämpft. Es wurde auch der Wächter „Kein Arbeiterlocher“ abgedruckt und nicht berichtigt. Der Seher Köpper arbeitete jahrelang als Fabrikarbeiter auf einer Oelfabrik, hoffentlich schlägt er dort bald wieder sein Domizil auf. Für heute mag erst dies genügen; es wird gewiß kein Kollege auf die Angebote dieser Firma hereinschauen.

-d. Köln. Unsere letzte Monatsversammlung, die leider in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehr schwach besucht war, hatte nach Entgegennahme eines ausgezeichneten Referates des Kollegen Stumpf über „Die Entwidlung der deutschen Sprache“ die Wahl eines besoldeten Ortsverwalters zu tätigen. Zu dem Amte hatten sich fünf Kollegen innerhalb des Bezirks gemeldet. Aus der Wahl ging mit überwältigender Mehrheit Kollege Fritz Müller hervor, der das Amt des Kassierers und früher auch des Reisekassenverwalters beinahe 13 Jahre lang in fester Pflichtenreue ausgeübt hat. Die Köhler Mitgliedschaft wird auch in Zukunft mit ihrem Verwalter zufrieden sein können, und durch die Wahl hat sie sich selbst geehrt.

Kulmbach. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins wurde die alte Vorstandschaft wiedergewählt. Die tariflichen Verhältnisse sind gute. Der Tarif wurde ab 1. Januar ohne Schwierigkeiten eingeführt. Nur gegen die Ausnahmestimmungen, welche bei der letzten vorjährigen Kreisamtsitzung aufgehoben wurden, hatten die Herren Prinzipale Berufung beim Tarifamt eingelegt, das selbe hatte aber den Einspruch verworfen. Die Prinzipalität wehrte sich jedoch ganz entschieden, die neuntägige Arbeitszeit einzuführen, so daß uns nichts andres übrig blieb, als mit einer Ueblichkeitszahlung vorlieb zu nehmen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung genehmigten sie dann nach langem Sträuben die neuntägige Arbeitszeit für die sechs Sommermonate; in den sechs Wintermonaten jedoch hat die 9 1/2 stündige Arbeitszeit Platz zu greifen, dafür erhält jeder Gehilfe im Sommer drei Tage Urlaub. Selbstverständlich werden wir danach trachten, nach und nach die neuntägige Arbeitszeit ganz zur Einführung zu bringen. Der Mitgliederstand betrug am Anfange des Jahres 16, bei zwei Nichtmitgliedern. Der „Korr.“ wird in acht Exemplaren gehalten. Der Anschluß an den neugegründeten Gewerkschaftsverein (das Gewerkschaftskartell) mußte infolge polizeilicher Willkür aufgelöst werden; wurde in unserer letzten Monatsversammlung behauerlicherweise abgelehnt. Es berieten sich einige Kollegen auf die im „Korr.“ erschienenen Einleitungen; welche zum Teile gegen die Gewerkschaftskartelle gerichtet waren.

Leipzig. (Maschinenleger.) Der Vorsitzende Schulz eröffnete mit der Bekanntgabe der Tagesordnung die Versammlung und teilte mit, daß von Halle a. S., Altenburg und Zeitz Anfragen eingegangen seien betreffs Beitritt der dortigen Kollegen zum Leipziger Maschinenlegerklub, welche Angelegenheit der Zentralkommission überwiegen worden ist. Weiter wurde erwähnt, daß Kollegen, die bei Vereinsfunktionären wegen Annahme einer Kandidatur anfragen, nicht taktisch verfahren, indem sie die erhaltene Antwort anderweitig verwerten, wodurch den Aufkunft gebenden Kollegen ein unangenehme Schereerei entstehen. Weiter wurde Klage darüber geführt, daß die Kollegen oftmals die Sebmashinenfabriken als Arbeitsnachweis benutzen; meistens werden dabei noch hohe Taschendeckelungen abgegeben und auf diese Weise die Neklamejucht der betreffenden Fabriken unterstützt. Pflicht eines jeden Verbandskollegen sei, daß er sich an die vom Tarif vorgeschriebenen Wege halte. Der unlangst im „Journal für Buchdruckerkunst“ erschienene Artikel „Das Berechnen an den Sebmashinen“ wurde ebenfalls sehr abfällig kritisiert und den Monotypkollegen anheim gegeben, sich zu wappnen, um Anforderungen von Prinzipalsseite genügend entgegenzutreten zu können. Eine ausgedehnte Debatte rief der Punkt „Tarifliches“ hervor. Die Firma Spamer, welche vor zwei bis drei Jahren die Maschinenfabriken eine halbwegs angenehme Kondition bot, hat sich seit dem Eintritte eines Herrn Wetter (ein vor längerer Zeit ausgeschlossenes Verbandsmitglied) als Sebmashinenfaktor in das strikte Gegenteil verwandelt. Dieser Herr erlaubt sich Sachen, die an ostelbische Zustände erinnern. Bezeichnend sind seine Aussprüche, daß ein für die Gehilfen ungunstiger Tarifentscheid die Antwort auf das „ruppige Verhalten des Verbandes“ vom vorigen Jahre ihm gegenüber sei, ebenso, daß bei diesem für ihn günstigen Entscheide ein paar Mark Zulage für ihn heraussprigen würden. Also eine richtige Mädelpolitik. Behauerlicherweise wird der Herr Faktor noch durch das indifferente Verhalten einiger Verbandskollegen indirekt unterstützt. Doch allzu schärf macht schartig; Herr Wetter ist ja schon einmal aus einer solchen leitenden Stellung mit Sang und Klang gegangen worden! Hoffen wir, daß durch einmütiges Entgegenzutreten dem Herrn Faktor die richtigen Wege gezeigt werden. Aufgenommen wurden sechs Kollegen.

Ch. Neudlinghausen. Am 14. April feierte unser Ortsverein sein zweites Stiftungsfest unter zahlreicher Beteiligung im Hotelrestaurant Stalherm. Das reichhaltige Programm wurde von einer bewährten Kapelle und

dem Männergesangsvereine Gutenberg, welcher über ein sehr gutes Stimmmaterial verfügt, aufs angenehmste ausgefällt. Die Feste hielt Kollege Albrecht-Dortmund. Er schilderte die Entstehung des Verbandes, dessen Ideale und nie rastendes Wirken, um das zu erringen, wozu wir berechtigt sind. Sein Hoch galt dem Verbands, welches brausend durch den Saal schallte. Der hierauf folgende Festball hielt die Kollegen sowie die eingeladenen Gäste mit ihren Damen in vorzüglicher Stimmung bis in die frühen Morgenstunden zusammen.

Reichenbach-Langenbielau-Nimptsch. Unser Verein veranstaltete am ersten Osterfeiertage in „Kunzes Hotel“ in Ober-Langenbielau eine Druckausstellung, welche sich eines Besuches von 300 bis 400 Personen erfreute, die ein lebhaftes Interesse an den ausgestellten Erzeugnissen bezeugten. Zwei chinesische Holztafeln und die vielen Erzeugnisse neuerer Zeit, darunter solche, die uns die Firmen Schelter & Giesecke, Klinghardt, Rodstroß & Schneider, Klingspor, Woellmer, Berthold und Nimptsch bereitwillig überlassen hatten, erregten großes Interesse. Den genannten Firmen sei hiermit herzlichst gedankt.

Solingen-Wald. (Maschinenmeisterklub.) Die am 14. April abgehaltene Maschinenmeisterversammlung beschloß entgegen dem Vorschlage Köln, statt eines rheinisch-westfälischen Maschinenmeistertages eine Vorstandsversammlung abzuhalten, sich dem Antrage Elberfeld anzuschließen, der dahin geht, den für Pfingsten dieses Jahres vorgesehenen Maschinenmeistertag einige Monate später abzuhalten.

Sorau (N.-L.). „Gründung eines Ortsvereins“ lautete die Tagesordnung einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der hiesigen Verbandsmitglieder, zu welcher auch unser Bezirksvorsteher Bed. Kottbus erschienen war. Die Versammlung sprach sich nach nochmaliger reiflicher Erwägung durchweg für die Gründung eines Ortsvereins aus. Nachdem sodann Kollege Bed in längerer Ausführlichkeit die Aufgaben der Ortsvereine beleuchtet und an der Hand seiner reichen Erfahrungen dem jungen Ortsverein noch manchen wichtigen Rat und Aufschluß gegeben, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Die Mitgliedszahl beträgt gegenwärtig 15.

Bezirk Weser-Eibe. Die am ersten Oftertage im „Braunschweiger Hof“ in Giesemünde stattgehabte Bezirksversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Der Vorsitzende Wäseler begrüßte die Erschienenen, besonders die dem Verbands 25 Jahre angehörenden Kollegen Goldorf und Jasper-Verden, ein dritter Jubilar, Kollege Knorn-Bremerhaven, konnte leider aus Gesundheitsrücksichten der Versammlung nicht beiwohnen. Aus Bremen waren mehrere Gäste erschienen, unter anderem der neu erwählte Gauvorsteher Wachaus. Viehhaft bedauerte es der Vorsitzende, daß es ihm trotz vieler Mühe nicht gelungen sei, einen auswärtigen tüchtigen Redner zu einem Vortrage für diese Versammlung zu gewinnen. Aus dem gedruckt vorliegenden Jahresberichte geht hervor, daß sich der Mitgliederstand wiederum wesentlich gehoben hat und die tariflichen Verhältnisse eine bedeutende Besserung erfahren. In einer Reihe von kleineren Druckorten sei es jedoch in tariflicher Hinsicht noch recht trübe aus. Im übrigen ging die Einführung des revidierten Tarifes, von einigen Ausnahmen abgesehen, glatt vonstatten. Bei den übrigen Tagesordnungspunkten rief der Antrag auf Einführung des „Korr.“-Obligatoriums für den Bezirk eine lebhafteste Debatte hervor, namentlich deshalb, weil die Antragsteller keine Beitragserhöhung mit in Kauf nehmen wollten. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen, doch soll beim nächsten Gau- bzw. der Verbandsgeneralversammlung die Einführung des „Korr.“-Obligatoriums beantragt werden. Der Nachmittag vereinigte die Mitglieder beim herrlichsten Ostermutter zu einem Spaziergange nach dem Kaiserhofen und ein fröhlicher Kommerz, zu dem der hiesige Gesangsverein Typographia das Arrangement gern übernommen hatte, hielt die Teilnehmer bis nach Mitternacht in bester Laune versammelt.

Rundschau.

Eine Statistik des Tarifamtes wird am Tage des Erscheinens dieser Nummer aufgenommen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in sämtlichen Buchdruckereien des Deutschen Reiches — ganz gleich, ob tariflos oder nicht — sollen ermittelt werden, um bei Beurteilung der gewerblichen Zustände als Grundlage zu dienen. Zahlen beweisen! Ist ein unumfänglicher Grundsatz besonders im wirtschaftlichen Leben und statistische Aufnahmen sind eine absolute Notwendigkeit, um zur richtigen Erkenntnis darüber zu gelangen. Die allseitigste Beteiligung an dieser neuen Statistik des Tarifamtes, die korrekteste Ausfüllung der versandten Fragebogen sowie die schnellste Rücksendung an das Tarifamt sind Hauptforderungen eines guten Gelingens dieser neuen mühevollen Arbeit unserer tariflichen Zentrale. Sicherlich haben die sämtlichen Orte noch Fragebogen vom Tarifamt verlangt, so daß dieses Mal jeder Druckort und jede Druckerei, tariflos oder nicht, in der Statistik festgehalten werden kann. Speziell die Kollegen in den kleinen, entlegenen Druckorten haben alles aufzuwenden, um diese Tarifamtsstatistik zu einem vollständigen und getreuen Spiegelbilde der gewerblichen Verhältnisse zu machen.

Prozess Müller-Gzerny kontra Mehäuser. In dieser Sache stand am 12. März vor dem Schöffengerichte in Frankfurt a. M. Verhandlung an, zu der sowohl der Kläger wie der Beklagte erschienen waren. Es kam folgender Vergleich zustande: „Der Angeklagte verpflichtet sich, in seiner Zukunft in gleichem Drucke wie der inkriminierte Artikel folgendes zu veröffentlichen: In Nr. 146 vom 18. 12. 06 uners Blattes ist uns insofern ein Verstoß unterlaufen, als wir behaupteten, in der Schöffengerichtssitzung vom 4. 12. 06 sei von Zeugen behauptet worden, Müller-Gzerny erleihe durch seine Briefkastennotizen dasselbe, was ein Revolverblatt mit ungedruckten Artikeln anstrebe. Wir bedauern diesen Irrtum und die daran geknüpften Schlussfolgerungen.“ — Wir hatten die den Herrn Müller-Gzerny angehenden Behauptungen, wie ausdrücklich in der betreffenden Notiz angegeben ist, dem „Zeitungsverlag“ entnommen, dessen Redakteur am gleichen Tage wegen jener Notiz, die mir lediglich abgedruckt hatten, vor Gericht stand und sich vor unserer Verhandlung auf einen Vergleich des besetzten Inhaltes einließ. Da wir aus eigener Wissenschaft nichts beweisen konnten, uns vielmehr auf den „Zeitungsverlag“ berufen mußten, war vorstehender Vergleich unvermeidlich.

Ein Zufall nur? Unseren Lesern ist bekannt, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Vaterhaftigkeit des in die Zeitungen verstreuten Wahzettel, worin nach einer „zuverlässigen Information“ an „zuständiger Stelle“ die Behauptung aufgestellt wird, es wäre zurzeit — also Ende März — kein arbeitsloser Buchdrucker in Deutschland vorhanden, keine Hand feiere augenblicklich, entzünden bestritt. In einer späteren Zufassung an die Zeitungen meinte dann das Sekretariat, wenn der „Korr.“ die Möglichkeit, der Arbeitgeberverband stede dahinter, ausgesprochen hätte, so ließe sich nichts dagegen sagen, was jedenfalls eine vielgängerige Auslassung war. Nun wurde uns die Nr. 7 der „Mitteilungen“ des Arbeitgeberverbandes, datierend vom 11. April, in die Hände gespielt, in welcher wir merkwürdigerweise keine Silbe von der Affäre entbeden, obwohl der „Korr.“ in seiner Nummer vom 30. März den Schwindel aufdeckte. Dafür findet man in jener Nummer 7 der „Mitteilungen“ aber einen kurzen Auszug aus dem Protokolle über die am 12. März in Berlin abgehaltene erste Ordentliche Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes, worüber im „Korr.“ zwar schon berichtet, worauf aber jedenfalls noch in einem andern Zusammenhange zurückgekommen wird. In diesem Berichte finden wir nun über die Befragungsfrage Ausführungen, die nicht nur bezeichnend für die Wohlthäter des Gewerbes, so sich im Arbeitgeberverbande zusammengefunden, sondern auch ähnlich, verteuelt ähnlich sind mit dem Inhalte und dem Sinne bewusster Schwindelnotiz. So führte ein unbekannter Referent unter anderem aus: „Der Nachwuchs durch Lehrlinge genügt nicht. Die Zahl ist an sich schon zu beschränkt. . . . Daher muß bestimmt werden, daß Bereitwilligen zwischen Firmen gestattet sind, denen zufolge, wenn eine Firma ihre Lehrlingsziffer nicht ausnützt, eine andere Firma mit der ausfallenden Zahl für sie eintreten kann.“ Ein solcher Vorschlag ist einfach ein Appell an die Dummheit und für jeden ernst zu nehmenden Menschen einfach unbestütztbar. In der Diskussion über dies wunderwolle Referat spielt dann die Befragungsfrage wieder eine erhebliche Rolle: „ . . . Insonderheit wurde betont, daß für zahlreicherer Nachwuchs Sorge zu tragen sei. Die Druckereien auf dem Lande und in den kleinen Städten bildeten die Hauptquelle für den Ersatz an Arbeitskräften. Raum aber seien dort die Lehrlinge ausgebildet, so zögen sie in die Großstadt. Den genannten Druckereien müsse deshalb in Gewinnung und Ausbildung von Lehrlingen ein größerer Spielraum gelassen werden. Dieselben dienen in naheliegender Weise dem Gewerbe, würden aber nicht entsprechend von dem Gewerbe geschützt.“ Also die kleinen Druckorte sollen, nachdem dort nur erst minimal die Lehrlingsziffer eingegrenzt werden konnte, zu ergiebigeren Lehrlingsquellen erschlossen und der Ausbeutung — wenn in dem Protokollauszuge „Ausbildung“ steht, so ist das bloß ein verzeihlicher Druckfehler — größerer Spielraum gelassen werden. Und wenn dann zum Schlusse nochmals empfohlen wurde, „so viele Lehrlinge einzustellen, als zulässig sei“, so bedeutet dieser Appell nichts anderes als eine Aufforderung zu unbefränkter Lehrlingszucht, denn die Mehrzahl der Herren Arbeitgeberverbändler kümmert sich den Teufel um den Tarif und seine Lehrlingskata. Nun machte sich jeder einen Vers auf den „Zufall“, daß die aus Berlin stammende Schwindelnotiz wenige Tage nach der Berliner Tagung des Arbeitgeberverbandes, die sich in der gekennzeichneten und bezeichneten Weise mit der Befragungsfrage beschäftigte, in die Welt hinausflatterte. Im übrigen kann konstatiert werden, daß nur dem Arbeitgeberverbande nahestehende oder dem Gutenbergsche sehr zugewandte Blätter, z. B. der „Wittinger Deutsche Wote“, die gegen uns gerichtete Erklärung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes veröffentlichten resp. den Inhalt der Berliner Schwindelnotiz gegen uns aufrecht erhielten. Dagegen hat die große Mehrzahl der dem Berliner anonymen Wahzettel zum Opfer gefallen Blätter sich selbst verteidigt oder von unseren Kollegen eingehende Gegenerklärungen anstandslos aufgenommen. Hübsch ist, wie die „Mittelweimer Volkszeitung“, die den Wahzettel auch abgedruckt hatte, sich selbst desavouiert: „Dieses auf Täuschung berechnete Vorgehen ist um so verwerflicher, als sich gerade im Buchdruckgewerbe die Vorteile der Tarifgemeinschaft mehr denn als in einem andern Berufe zeigen, dieselbe Tarifgemeinschaft, gegen welche man auf solche Weise vorzugehen versucht. Wir bedauern, daß durch ein Versehen

die fragliche Notiz bei uns feinerzeit Aufnahme gefunden und bitten von vorstehender Richtigstellung Kenntnis nehmen zu wollen, und stehen nicht an, ein Schreiben, wie es hier zutage getreten, aufs schärfste zu mißbilligen.“ Das mögen sich alle Verteidiger des Berliner Wahzettel ein schließlich des Bezirksvorstandes Oberfranken der Prinzipalsorganisation hinter die Ohren schreiben. Im übrigen mögen diese Leute erfahren, daß allein 1688 Mitglieder des Verbandes im Monate Februar arbeitslos waren, gegen den gleichen Monat von 1906 noch 69 mehr.

Um die Weiterverbreitung der bekannten Berliner Schwindelnotiz verdient gemacht hat sich der Bezirksverein Oberfranken der Prinzipalsorganisation. Ein Blatt in Herzogenaurach hat nämlich einleitend der bewussten Meldung von den an zuständiger Stelle eingezogenen zuverlässigen Informationen genannten Verein als Einleider bezeichnet, woran wir um so weniger zu zweifeln brauchen, als ein Zirkular an die Zeitungen zwecks Abdruck der Berliner Schwindelnotiz uns vorgelegen hat, nur glauben wir nicht an eine Befolgung des netten Ratshlages. Es ist uns weiter auch bekannt, daß jene Bezirksleitung den neuen tariflichen Abmachungen nichts weniger als gewogen ist. Von zuständiger Stelle muß dafür gesorgt werden, daß dem betreffenden Herrn in Hof der Star gestochen wird, denn dieses Vorkommnis ist einfach ein Skandal.

N.-B.-Gefuche bringen auch die „Neuesten Nachrichten“ in Chemnitz. Da der Verantwortliche für den Inseratenteil ein Verbandsmitglied ist, erscheint diese Gepflogenheit des gedachten Blattes noch unbegreiflicher. Wir wollen niemand, der Faktor einer Zeitungsdruckerei und zugleich für den Inseratenteil verantwortlich ist, mit seinen Geschäftspflichten in Konflikt bringen. Das schließt aber doch nicht aus, daß das Verantwortlichkeitsgefühl den Betreffenden wenigstens dazu drängt, an leitender Geschäftsstelle in der Sache vorstellig zu werden. Ob Herr Paul Berger dies getan, wissen wir nicht; es wäre aber beauerlich, wenn er nicht wenigstens dieser Pflicht als Verbandsmitglied genügt hätte.

Der Gehilfenprüfung in Gera (für den Handwerksammerbezirk Sachsen-Altenburg und Neuß i. L.) unterzogen sich von 12 Auslernenden leider nur 6. Da zwei die Jenur I, die übrigen die II erhielten und einer mit „Genügend“ fortkam, kann das Prüfungsergebnis als befriedigend bezeichnet werden. — Die in Dessau geprüften sechs Auslernenden aus dem Herzogtum Anhalt bestanden erfreulicherweise sämtlich mit „Gut“.

Eine eigene Druckerei gegründet hat die Verwaltung der Bodelschwinghschen Anstalt Bethel bei Bielefeld. Natürlich nicht für den eignen Bedarf, sondern um den Bielefelder Druckereien neue Konkurrenzschmerzen zu bereiten. Wir Gehilfen protestieren aber noch aus einem andern Grunde gegen diese Erweiterung des Bodelschwinghschen Betriebes. Wie die Organisationsverhältnisse im Buchdruckgewerbe liegen, sind es etwa nur noch 8000 Buchdrucker in Deutschland, die bei eintretender Arbeitslosigkeit ohne jede Unterstützung bleiben, weil sie in keiner Weise organisiert sind. Nicht einer aber von diesen 8000 Unorganisierten dürfte in die Lage kommen, bei Bodelschwingh in Bethel Heil und Rettung zu suchen. Es kann sich also nur die um stümperhafte Umernung nichtbuchdruckerlicher Pflichten handeln, die später der freien Arbeit Abbruch tun, in materieller wie technischer Hinsicht. Dagegen aber vernahmen wir uns entschließen.

Leichtfertig gehandelt hat die Schriftgießerei Zanker in Nürnberg, indem sie einem jungen, ledigen Buchdrucker namens Weßbrunn aus Budapest für 1500 Mk. Schrift zur Errichtung einer Druckerei in München überließ, sich allerdings das Eigentumsrecht daran vorbehaltend. Weßbrunn veräußerte jedoch die Schriften für 1050 Mk. an einen Münchener Druckereibesitzer, diesem angehend, 1000 Mk. seien an der Kaufsumme bezahlt und wegen des Restes werde er sich mit Zanker einigen. Die Gießerei aber erhielt nur 50 Mk. als erste Rate, während mit den 1000 Mk. B. in Begleitung eines kleinen Mägdeleins nach Hamburg verduftete, wo er festgenommen wurde. Nun hat B. fünf Monate Gefängnis für diese Spitzhacht abzumachen. Bekanntlich sind unter den Schriftgießereien bestimmte Vereinbarungen über die Kreditgewährung getroffen, um dem leichtsinnigen Druckereigründen vorzubeugen. Daran hatte sich die Firma Zanker jedoch nicht gehalten und hat nun den Schaden davon.

Ein zweites Blankenhain überschreibt die „Buchdruckermagazin“ folgende Notiz: „Unser Leser erinnert sich des famosen Falles, daß der Stadtrat in Blankenhain, durch die Kritik des dortigen Kreisblattes getränkt, einen auswärtigen Buchdrucker zur Stabilierung ernannte, um dadurch ein gefügiges Publikationsorgan zu erhalten. Trotz kräftiger Gegenwehr des Kreisblattdruckers, dem die ganze Sachwelt zur Seite trat, wurde tatsächlich jene Konkurrenz ins Leben gerufen; wie es heute damit steht, entzieht sich freilich unserer Kenntnis. Wir wurden aber daran erinnert durch ein Inserat, welches eigentümlicherweise in dem Gehilfenblatte, Typographische Aufnahme fand und also lautet: Für einen freibeamten Buchdrucker mit Kapital und Kenntnis von Inseratenwesen bietet sich besonders günstige Gelegenheit, durch nachweisbar rentables Konkurrenzunternehmen vorzügliche Lebensstellung zu finden. Auskunft nur mündlich erteilt Magistral Zeupig (Wart).“ Daß nur mündliche Auskunft erteilt wird, macht die Einladung von vornherein besonders verdächtig, da es sonst nicht Gepflogenheit von Magistraten ist, mit etablierungslustigen Ge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 46.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 20. April 1907.

Anzeigen kosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.;
Veranstaltungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

45. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

helfen mündlich zu verhandeln. Es ist ferner fraglich, ob der Magistrat Leipzig imstande ist, die Rentabilität einer Buchdruckerei zu beurteilen oder gar nachzuweisen. Denn da nach unseren Adressbüchern sich in dem ganze 705 Einwohner zählenden Reste überhaupt noch keine Druckerei befindet, müßte der Magistrat seine Studien außer halb gemacht haben. Hoffentlich läßt sich der Etablierungslustige wenigstens die Garantie geben, daß nach seinem Hungertode der Magistrat für die Hinterbliebenen sorgen wird. Wir kennen die Absichten des Magistrats in Leipzig nicht, aber wir mißbilligen sie, denn alles deutet doch darauf hin, daß hier auf ungeradem Wege erreicht werden soll, was sonst nicht zu erzielen wäre. Und auf krummen Wegen finden sich am besten Gutenbergsbinder zurecht, das weiß auch der läbliche Magistrat in Leipzig schon, wessen wir uns sehr freuen.

Konkurrenzöffnung: Papierwarenhandlung und Buchdruckerei Leonhardt & Wexen in Plauen i. V.

Die Beschwerde gegen die Zeugniszwangshaft des Redakteurs Schlegel wurde vom obersten Landgericht, der höchsten Instanz für Bayern, ebenfalls abgelehnt. Das ist für Bayern, wo sonst die Presse sich größerer Freiheit erfreute, sehr charakteristisch und bedeutet eine Wendung zum Schlechtern. Nun muß der Reichstag sprechen.

Gestorben.

- In Warmen der Seher Walter Stahl.
- In Bremen am 14. April der Seher Moritz Dehne, 36 Jahre alt.
- In Dresden-Niederseebitz am 7. April der Buchdruckereibesitzer Johannes Adalbert Fischer, 52 Jahre alt.
- In Eger am 15. April der Buchdruckereibesitzer Johann Went, 57 Jahre alt — Herzlähmung.
- In Eppingen der Buchdruckereibesitzer G. May, 65 Jahre alt.
- In Weilenkirchen am 11. April der Seher Josef Götzschalk, 26 Jahre alt.
- In Hamburg am 15. April der Seher Louis Honow, 44 Jahre alt.
- In Hannover am 9. April der Buchdruckereibesitzer August Grimpe von da, 59 Jahre alt.
- In Rißingen am 16. April der Drucker Ernst Hellerich, 25 Jahre alt — Blinddarmentzündung.
- In Meß am 11. April der Seher Salomon Braun, 23 Jahre alt — Schwindel.
- In Naumburg am 16. April. der Seher Hermann Fretzel aus Schwärzenberg i. S., 46 Jahre alt — Gehirnschlag.
- In Schwerin am 15. April der Drucker Johann Schmidt aus Böttau i. S., 30 Jahre alt.

Briefkasten.

H. Sch. in Weiertheim: In nächster Nummer. Unsere hochwohlwählenden Direktoren gestatteten eine frühere Erledigung nicht. Gruß! — J. S. in München: Nicht mehr in unserm Besitze. Weiteres mündlich in B. darüber. — S. A. in Schmeim: 3,55 Mk. — W. in Steglitz: 1,55 Mk. — J. R. in Rißingen: 4,30 Mk. — F. F. in Naumburg: 4,30 Mk. — P. in Weimar: 1,80 Mk. — Solingen: 3,30 Mk. — G. C. 17: Beachten Sie die in Nr. 41 des „Korr.“ nach Berlin gerichtete Briefkastennotiz in gleicher Angelegenheit. — S. W.: Ist an eine andre Stelle gesandt worden und wird das Weitere veranlaßt werden.

— E. B. in Düsseldorf: Ist auch in dieser Form nicht möglich. — S. F. in Breslau: Besten Dank für freundliche Auskunft, werden uns danach richten. — J. S. in Bocholt: Erstens behandeln wir diese Angelegenheit selbst, und zweitens behandeln wir für unerlangte Artikel kein Honorar. — W. D. in Hamburg: Wir bitten um Ihre Adresse, da wir wegen Ihres Artikels mit Ihnen schriftlich zu verkehren wünschen. — Nach Paderborn: Wir haben Ihren Bericht zu den bündlerischen Akten gelegt, um gelegentlich darauf zurückzukommen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I.
Fernspruchamt VI, 11191.

Obergau. Auf mehrfache Anfragen geben wir den Mitgliedern zur Kenntnis, daß selbstverständlich der Gausbeitrag für das Sommerhalbjahr (vom 1. April ab) nur 10 Pf. beträgt.

Bezirk Gera. Der Seherstereotypur Anton Schmidt aus Lübeck, zuletzt in Klosterlausniz in Kondition, wird aufgefordert, seine Reste bei dem Kassierer Ernst Schubert, Ludwig Jahnstraße 16, II, zu begleichen, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Adressenveränderungen.

Trebbin. Vorsitzender: Berthold Mühlbach, Druckereihäuser; Kassierer: Karl Unds, Zossenerstraße 1a.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einnahmen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In **Badnang** der Seher Joh. Gottl. Bayer, geb. in Untermeßach 1889, ausgl. in Badnang 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Eslingen** der Seher Karl Rosenwirth, geb. in Eslingen 1889, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Freudenstadt** die Schweizerdegen 1. Max Bährle, geb. in Freudenstadt 1886, ausgl. das. 1904; 2. Eugen Geckle, geb. in Freudenstadt 1889, ausgl. das. 1907; 3. der Seher Wilhelm Krebs, geb. in Freudenstadt 1886, ausgl. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — In **Heilbronn** 1. der Seher Emil Tabler, geb. in Heilbronn 1889, ausgl. das. 1907; 2. der Drucker Eugen Schust, geb. in Heilbronn 1889, ausgl. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In **Mühlacker** der Schweizerdegen Wb. Rees, geb. in Speyer 1889, ausgl. in Mühlacker 1906; war noch nicht Mitglied. — In **Stuttgart** die Seher 1. Emil Krüger, geb. in Sillenbuch 1889, ausgl. in Stuttgart 1907; 2. Wilhelm Dohl, geb. in Stuttgart 1889, ausgl. das. 1907; 3. der Galvanoplastiker Viktor Schumacher, geb. in Stuttgart 1889, ausgl. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In **Tübingen** der Seher Gerhardt Surtkamp, geb. in Krefeld 1884, ausgl. das. 1903; war schon Mitglied. — In **Ulm** die Seher 1. Melchior Dreier, geb. in Babenhausen i. Wap. 1881, ausgl. das. 1898; 2. Christian Moser, geb. in Sittlertten i. Wap. 1889, ausgl. in Ulm a. D. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — **Karl Anie** in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

In **Warmen** 1. der Drucker Jonas Stenkröm, geb. in Malmö (Schweden) 1886, ausgl. das. 1905; 2. der Seher Albert Herzenberg, geb. in Warmen 1888, ausgl. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — **Otto Müller**, Schützenstraße 15, I.
In **Frankfurt a. D.** der Seher Otto Kowalski,

geb. in Frankfurt 1889, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Fürstenwalde** der Seher Franz Specht, geb. in Rottbus 1889, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Guben** 1. der Seher Fritz Wisnawitzki, geb. in Guben 1889, ausgl. das. 1907; 2. der Drucker Hermann Seh, geb. in Zilllichau 1888, ausgl. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Seher Otto Krüter, geb. in Zehdenick 1881, ausgl. das. 1899; war schon Mitglied. — In **Küstrin** der Seher Johannes Brock, geb. in Küstrin 1888, ausgl. das. 1907; der Drucker Otto Goldmann, geb. in Küstrin 1888, ausgl. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In **Sandsberg a. W.** die Seher 1. Fritz Gabriel, geb. in Sandsberg 1889, ausgl. das. 1907; 2. Albert Fuhrmann, geb. in Neu-Grunau (Kr. Flatow) 1887, ausgl. in P.-Friedland (Westpr.) 1905; 3. der Drucker Karl Gafemann, geb. in Sandsberg 1887, ausgl. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In **Neudamm** der Seher Otto Freund, geb. in Neudamm 1889, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Schwiebus** die Seher 1. Otto Engler, geb. in Gr.-Dammer (Kr. Meseritz) 1888, ausgl. in Schwiebus 1907; 2. Ernst Keil, geb. in Schwiebus 1889, ausgl. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — **Bruno Herrmann** in Frankfurt a. D., Holzbofferstr. 16.
In **Hamm** 1. der Drucker Georg Nachtkamp, geb. in Heesen bei Hamm 1883, ausgl. in Hamm 1901; war schon Mitglied; 2. der Stereotypur Winzenz Kademacher, geb. in Hamm 1884, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Sooß** der Seher Ernst Metner, geb. in Sooß 1875, ausgl. das. 1894; war noch nicht Mitglied. — In **Unna** der Schweizerdegen Josef Schmitz, geb. in Bonn 1888, ausgl. in Unna 1905; war noch nicht Mitglied. — **Aug. Schippers** in Dortmund, Braunschwägerstraße 27.
In **Karlruhe** 1. der Seher Christian Birfle, geb. in Altensteig (Württemberg) 1882, ausgl. das. 1899; 2. der Schweizerdegen Georg Andreas, geb. in Karlruhe 1879, ausgl. das. 1898; waren schon Mitglieder. — **Josef Dreuer**, Körnerstraße 34, III.
In **Meß** der Seher Karl Paul Lindner, geb. in Hartmannsdorf 1886, ausgl. das. 1904. — **Rud. Bod.** (Schiffelplatz 10) I.
In **Vinz** der Seher Georg Maier, geb. in Braunau 1882, ausgl. das. 1900; war schon Mitglied. — **Josef Kirchberger**, Altstadt 4, I.

Veranstaltungskalender.

- Berlin.** Korrekturenversammlung Sonntag den 21. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Grapschen Vereinshaus“, Alexandrinerstraße 44.
- Breslau.** Maschinenschereversammlung Sonntag den 21. April, vormittags 11 Uhr, in Hartwicks Restaurant, Werderstraße 13.
- Maschinenschereversammlung Sonntag, 21. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Goldener Lachs“, Kurlandstraße 21.
- Duisburg.** Versammlung heute Samstag den 20. April, abends punkt 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zur Königin“, (Kern. Beckmann) Doppelpf 1.
- Gelsenkirchen.** Versammlung Sonntag den 21. April, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal.
- Jena.** Versammlung heute Sonnabend den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Löwen“.
- Hamburg-Altona.** Vorstandssitzung Dienstag den 23. April, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Weisenbüchelhof 57.
- Hann.** Versammlung Sonntag den 23. April, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal.
- Saarbrücken-St. Johann.** Versammlung heute Samstag den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Kühnhäuser“, Saarbrücken, Schloßberg.
- Worms.** Versammlung Sonntag den 21. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Reisehandbuch

für die organisierten Buchdrucker Deutschlands

von Konrad Eichler ist in fünfter, vollständig neu bearbeiteter Auflage erschienen. Unter Berücksichtigung aller inzwischen eingetretenen Veränderungen im Zahlstellennetze — so sind die Orte Allenstein und Altcarbe neu als Zahlstellen eingerichtet, die Zahlstelle von Wartenburg nach Rastenburg sowie die von Stolp nach ...

Köslin verlegt worden und schliesslich durch den Anschluss Elsass-Lothringens an den Verband die Zahlstellen Metz, Mülhausen und Strassburg hinzugekommen — und weiter unter dankenswerter Beihilfe einer Anzahl Kollegen in grösseren und mittleren Orten ist unter Aufwendung grösster Sorgfalt das Buch fertig gestellt. Das Reisehandbuch ist somit ein treuer Ratgeber in der Hand jedes reisenden Gehilfen. * * * Preis 1,50 Mk., im Buchhandel 2,— Mk. Die Herren Verbandsfunktionäre, namentlich die Herren Reisekassenverwalter, werden gebeten, den Vertrieb des Buches zu übernehmen und wollen sich diesbezüglich mit dem unterzeichneten Verlage in Verbindung setzen.

Radelli & Hille, Leipzig, Salomonstr. 8.

Ein tüchtiger Linotypsetzer

wird in löblich. Tageszeitung mit glänzender Zukunft als

Zeithaber

m. 8-10000 Mk. Einlage, welche sicher gestellt wird, gesucht. Suchender ist Zeitungssachmann, Buchdrucker, Modestur. Werte Offerten unter Nr. 205 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Durchaus befähigter

Akzidenzsetzer

welcher die moderne Satztechnik vollkommen beherrscht und im Kompositionsfache Gutes leistet, in angenehme, dauernde Position gesucht. Werte Offerten mit Lebenslauf und Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an Franz Scherzer, Hannover. 188

Tüchtiger

Stempelseher

zum sofortigen Eintritt gesucht.
Wolff Diegner, Nürnberg.

1496

